

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Landtagssitzung

Der Landtag wird sich morgen Mittwoch und eventuell auch am Donnerstag zu seiner letzten Sitzung vor einer längeren Sommerpause treffen. Das Traktandum, auf dem überraschenderweise weder die Vorlage für ein neues Motorfahrzeugsteuergesetz noch der Bericht der Kommission für die Neufassung der Geschäftsordnung des Landtags zu finden ist, umfasst folgende Schwerpunkte:

Unterhaltsvorschussgesetz

Mit der Vorlage für die Unterhaltsvorschussung, wie sie von einer FBP-Klausurtagung im letzten Jahr gefordert wurde, befasst sich der Landtag bereits zum dritten Mal. Im Grundsatz ist die Vorlage unbestritten, jedoch gab es bisher Diskussionen um den anspruchsberechtigten Personenkreis.

Gesetz über Landespolizei

Vor der Verabschiedung steht das Gesetz über die Polizei, das die Bestimmungen aus den dreissiger Jahren an die heutige Zeit anpassen sollen. Die Vorlage wurde im Landtag grundsätzlich begrüsst, zu den aufgeworfenen Fragen hat Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in der Zwischenzeit eine ausführliche Stellungnahme verfasst. (Siehe separater Beitrag im Innern der heutigen Ausgabe.)

Schutz für Berufsbezeichnungen

Nach einer neuen Gesetzesvorlage der Regierung soll die Berufsbezeichnung für Ingenieure im Bauwesen und Architekten gesetzlich geschützt werden.

Kredite und Jahresberichte

Zur Behandlung steht der zweite Ergänzungskredit für die Gras- und Getreidetrocknungsanlage in Schaan im Ausmass von 361 000 Fr. als Subvention für die Mehrkosten. Ausserdem wird der Landtag ersucht, einem Kredit von 590 000 Fr. für die Botschaft in Bern zur Verfügung zu stellen. Schliesslich hat sich der Landtag mit den Jahresberichten der Kraftwerke, der Gasversorgung und der AHV zu befassen.

Rechenschaftsbericht 1988

Den breitesten Rahmen dürfte an dieser Landtagssitzung die Genehmigung der Jahresrechnung 1988 beanspruchen. Die laufende Rechnung weist wieder einen erheblichen Überschuss auf, doch ist – trotz Nichtbeanspruchung von Krediten in der Investitionsrechnung – der Einsatz von Fondsreserven nötig.

Abkommen und Übereinkommen

Die Regierung unterbreitete eine Vereinbarung über die Sicherung von Studienplätzen an den landwirtschaftlichen Berufsschulen Sennwald und Flawil, ein Zusatzprotokoll zum Genfer Abkommen über Opfer bei Konflikten sowie ein Übereinkommen über die Beschränkung von Waffen.

Berichte der Regierung

Zwei Berichte der Regierung stehen zur Diskussion: Einmal der Bericht über den Stand der Lehrstellen und die Schaffung neuer Stellen an den Schulen, zum anderen ein Bericht über ein FBP-Postulat zum Schutz der Landschaft im Berg- und Alpengebiet.

Parlamentarische Vorstösse

Aus dem Landtag liegen eine FBP-Motion über die gesetzliche Regelung über die Organisation des Landtages und eines Geschäftsverkehrsgesetzes, ein VU-Postulat über eine Klimastudie sowie eine VU-Interpellation zum Schutz des Trinkwassers gegen Chemikalien-einspeisung.

Im Mittelpunkt steht der Rechenschaftsbericht der Regierung

Letzte Sitzung des Landtages am Mittwoch vor einer längeren Sommerpause – Möglicherweise tagt der Landtag auch am Donnerstag

(G.M.) – Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, die am Mittwoch stattfindet und möglicherweise am Donnerstag ihre Fortsetzung findet, ein umfangreiches Traktandum zu bewältigen. Im Mittelpunkt steht dabei die Landesrechnung 1988 und der Rechenschaftsbericht der Regierung für das letzte Jahr. Zudem stehen die Gesetzesvorlagen für die Unterhaltsvorschussung und die Polizei vor der Verabschiedung.

Die Traktandenliste umfasst insgesamt 19 Tagesordnungspunkte, die sich aufteilen in gesetzgeberische Tätigkeiten, Kreditbeschlüsse, die Genehmigung von Jahresberichten, die Zustimmung zu internationalen und bilateralen Vereinbarungen sowie in die Überweisung parlamentarischer Vorstösse. Am Schluss der Sitzung hat der Landtag ein Ersatzmitglied in den Staatsgerichtshof und einen Richter in den 1. Senat des Obergerichtes zu bestellen.

Unterhaltsvorschussung

Die Gesetzesvorlage über die Unterhaltsvorschussung dürfte vom Landtag am Mittwoch verabschiedet werden, da keine grundlegenden Änderungsvorschläge gemacht wurden. Allerdings stand mit dem Bezückerkreis der Vorschussmittel ein wichtiger Punkt zu Diskussion, der mit grosser Wahrscheinlichkeit noch weitere Diskussionen nach sich ziehen wird. Im Vernehmlassungsentwurf hatte die Regierung die Gewährung von Vorschüssen auf den Unterhalt von Kindern beschränkt, doch in der Vorlage an den Landtag den Kreis der Anspruchsberechtigten auch auf Erwachsene erweitert, die minderjährige Kinder zu versorgen haben. Diese Ausdehnung rechtfertigt sich nach dem Regierungsbericht dadurch, dass bei den alleinerziehenden Erwachsenen mit minderjährigen Kindern sehr oft auch seitens des Erwachsenen ein Unterhaltsanspruch bestehe.

Trennung von Sozialhilfe

Die Notwendigkeit von gesetzlichen Regelungen der Unterhaltsbevorschussung war im letzten Jahr anlässlich einer FBP-Klausurtagung erkannt und diesbezügliche Vorschriften waren damals gefordert worden. Die von der Regierung erarbeitete Regelung sieht eine ausserhalb des Sozialhilfewesens und damit ohne den Nachweis wirtschaftlicher Not und ohne Befassung der Gemeindefürsorgekommissionen mögliche generelle staatliche Bevorschussung von gerichtlich festgesetzten Unterhaltsbeiträgen vor, die im Wege der Zwangsvollstreckung nicht oder nicht rechtzeitig eingebracht werden können. Damit wird nach Auffassung der Regierung eine Trennung von Sozialhilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen möglich, ohne dass deshalb die einschlägigen Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes abgeschafft werden.

Neues Polizeigesetz

Ebenfalls vor der Verabschiedung durch den Landtag steht das neue Polizeigesetz, das vom Landtag als wichtige Anpassung an veränderte Zeitumstände begrüsst worden war. Zu den aufgeworfenen Fragen hat Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille inzwischen dem Landtag einen umfangreichen Bericht zugeleitet, der sich vor allem mit dem Datenschutz, mit der Ausbildung der Polizei sowie mit der Ausweispflicht der Polizisten befasst. Diese Antworten werden bei der Detailberatung den Abgeordneten voraussichtlich zur Entscheidung genügen, da sich die Fragen ohnehin nicht mit den grundsätzlichen Strukturen der Vorlage beschäftigen.

Das Polizeigesetz wird das geltende Gesetz aus dem Jahre 1933 ablösen, das den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr in allen Teilen zu genügen vermag. Das Gesetz verfolgt in den Grundideen den Zweck, einerseits den

Bürger vor ungerechtfertigten polizeilichen Eingriffen zu schützen, andererseits der Landespolizei die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Kredite und Vereinbarungen

Erneut liegt dem Landtag ein Antrag über die Subventionierung der neuen Gras- und Getreidetrocknungsanlage des Bauernverbandes in Schaan vor. Bedingt durch die Mehrkosten fordert die Regierung einen Ergänzungskredit von 361 000 Fr. (als 50prozentige Subvention des Staates), nachdem der Landtag bereits vor einem Jahr einen ersten Ergänzungskredit von 472 500 Fr. bewilligt hatte. Die Gesamtkosten des Gebäudekomplexes belaufen sich auf 5,476 Mio Fr. Der

Kostenvoranschlag hatte noch mit 4,170 Mio Fr. gerechnet.

Einen weiteren Kreditantrag legt die Regierung im Zusammenhang mit der Erweiterung der Residenz der liechtensteinischen Botschaft in Bern im Ausmass von 590 000 Fr. vor. Mit der Übernahme des Botschafterpostens durch S.D. Prinz Nikolaus soll im Botschaftsgebäude eine bessere Trennung von privatem und offiziellen Bereich vorgenommen werden, was entsprechende bauliche Veränderungen nach sich zieht.

Neben diesen zwei Kreditanträgen ersucht die Regierung den Landtag um Zustimmung zu neuen Lehrstellen im Schulbereich sowie zum Abkommen über die Studienplatzsicherung an den landwirtschaftlichen Schulen Flawil und Sennwald.

Landesrechnung des Jahres 1988

Minderausgaben und trotzdem Abbau von Reservemitteln

Die Landesrechnung 1988 schliesst mit einem Deckungsüberschuss von 0,9 Mio Fr. in der Gesamtrechnung ab. Dieses Ergebnis war jedoch nur durch den Einsatz von Fondsreserven möglich, die allerdings weniger beansprucht werden mussten als im Budget vorgesehen. Durch den Abbau der Reserven um 3,9 Mio Fr. hat sich das Vermögen der staatlichen Fonds von 165,2 auf 161,3 Mio Fr. verringert.

Durch die Möglichkeit, sämtliche Ausgaben im Investitionsbereich abschreiben zu können, ergibt sich für die Jahresrechnung 1988 ein gesamthaft gutes Ergebnis. Doch werden strukturelle Schwächen sichtbar, worauf vor allem der Einsatz von Fondsreserven in einer wirtschaftlich guten Zeit hinweisen. Zudem wurde das Ergebnis nur möglich, weil die Investitionstätigkeit erheblich unter den budgetierten Erwartungen blieb. Die Investitionsausgaben blieben mit 67,5 Mio Fr. um 9,2 Mio Fr. oder um 12,1 Prozent unter den Limiten des Budgets. Wären alle Bauvorhaben planungskonform verwirklicht worden, so wäre das Ergebnis

der Landesrechnung 1988 nur mit einem bedeutend grösseren Einsatz von Fondsreserven auszugleichen gewesen.

Tendenziell weist der Abschluss der Landesrechnung 1988 auf eine schwächere Finanzierungsbasis in der Zukunft hin. Die Gesamtausgaben der laufenden Rechnung stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 253,7 (238,9 Mio Fr. an, während die Einnahmen des laufenden Haushalts auf 314,4 (315,6) Mio Fr. annahmen. Die Ausgaben verzeichneten damit eine Steigerungsrate von 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bei den Einnahmen ergab sich eine Abschwächung um 0,4 Prozent.

Deutlicher Linksruck im Europaparlament

Erfolge für Sozialdemokraten und Umweltparteien – Rechtsradikale auf dem Vormarsch

Brüssel (AP) Mit deutlichen Erfolgen für Sozialdemokraten und Umweltparteien hat die Linke bei der Wahl zum Strassburger Europaparlament ihre Stellung insgesamt erheblich verbessern können.

In das 518 Sitze zählende EG-Parlament ziehen die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien nach ersten Ergebnissen und Hochrechnungen vom Montag als stärkste Kraft mit 181 Abgeordneten ein, was einem Plus von 15 Mandaten entspricht. Die von den ultrarechten Republikanern in der Bundesrepublik erstmals erzielten 7,1 Prozent werden jedoch auch die Rechtsradikalen in Strassburg erheblich stärken, zumal die französische Nationale Front ihre Position mit fast 11,7 Prozent der Stimmen behaupten konnte.

Einen starken Aderlass müssen insbesondere die bürgerlichen Parteien hinnehmen, wobei allein ein spektakulärer Einbruch der britischen Konservativen sie mindestens zwölf Sitze gekostet hat.

Die Umweltparteien konnten sich bei der am Donnerstag und Sonntag abgehaltenen Wahl demnach von 20 auf 34 Mandate verbessern. Wegen der Einbussen für die Kommunisten, die hochgerechnet sechs ihrer 48 Sitze verloren, haben die linken Fraktionen im EG-Parlament die Mehrheit möglicherweise knapp verfehlt. Das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten orientiert sich allerdings viel weniger an den Fraktionsgrenzen als zum Beispiel im Deutschen Bundestag. Die künftige Stärke der Strassburger Fraktionen liess sich am Montag noch nicht mit Gewissheit bestimmen, da die Abgeord-

neten sich über deren genaue Zusammensetzung erst in den Wochen nach der Wahl verständigen werden. Die Wahlbeteiligung lag in mehreren Ländern unter 50 Prozent.

Das Feld der Verlierer wird von der sieggewohnten britischen Premierministerin Margaret Thatcher angeführt. Nach Auszählung der Stimmen für 75 der 78 britischen Sitze für Schottland, England und Wales errangen die sozialistische Labour-Partei 44 und die Konservativen 30 Mandate. Frau Thatchers Konservative büsst gegenüber der Parlamentswahl vor zwei Jahren rund acht Prozent ein, verloren damit seit zehn Jahren erstmals gegen die Sozialisten und erzielten zudem mit nur noch 34 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis in diesem Jahrhundert.

Bankverein erwartet fettes Wirtschaftsjahr

Basel (AP) Der Schweizer Wirtschaft steht «das achte fette Jahr» bevor, obwohl das Wachstum etwas verflachen dürfte. Diese Ansicht vertrat der Schweizerische Bankverein (SBV) am Montag in Basel. «Auch wenn 1989 und 1990 andere Zahlen als bisher geschrieben werden müssen, ist keine Rezession zu erwarten», sagte Aloys Schwietert, der Chefökonom der Nummer zwei der Schweizer Banken vor zahlreichen Wirtschaftsvertretern.

Die Volkswirtschaftler des SBV erwarten ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,7 Prozent im laufenden und 2,0 Prozent im kommenden Jahr (1988: 3,0 Prozent). Die Teuerung dürfte im letzten Quartal 1989 im Vorjahresvergleich auf 4,5 Prozent und im Jahresdurchschnitt auf etwa 3,5 Prozent steigen.



Nachdenkliche Gesichter bei Kanzler Helmut Kohl und Partei-Generalsekretär Heiner Geissler anlässlich der Besprechung der Europa-Wahl-Ergebnisse gestern Montag.

Straffreiheit für Drogenkonsum erörtert

Empfehlungen der Subkommission «Drogenfragen»

Bern (AP) Der Konsum von Drogen sollte straffrei sein, der Handel jedoch strenger geahndet werden. Das sind die beiden wichtigsten Empfehlungen der Subkommission «Drogenfragen», die in ihrem Schlussbericht zur Drogensituation und Drogenpolitik eine Unterscheidung in weiche und harte Drogen ablehnt.

Der Bundesrat hat den Bericht am Montag zur Kenntnis genommen und beschlossen, ihn den Kantonen und interessierten Kreisen vorzulegen. Erst aufgrund der Stellungnahmen will er über das weitere Vorgehen entscheiden. In einem gleichentags veröffentlichten Gutachten kommt Professor Hans Schultz zum Schluss, dass Fixerräume rechtlich

zulässig sind.

Die Subkommission «Drogenfragen» der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission kam zum Schluss, dass sich die Drogensituation seit ihrem letzten Bericht 1983 erheblich verändert hat. Die Entwicklung der letzten Jahre zeige, dass vor allem die problematischen Formen des Drogenkonsums weiter zugenommen und der kriminelle Drogenhandel sich in einem nicht geahnten Ausmass weiter entwickelt habe. Justiz und Polizei müssten wesentliche Kapazitäten für die Behandlung von Bagatellfällen einsetzen, wogegen die Mittel für die Bekämpfung des Drogenhandels ungenügend seien.